

Vom Recht der freien Volksgemeinschaft

Autor(en): **Bohnenblust, Gottfried**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Schweizer Rundschau**

Band (Jahr): **2 (1934-1935)**

Heft 1

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-758891>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Vom Recht der freien Volksgemeinschaft

*Eine Rede*¹

von Gottfried Bohnenblust

Die Grundwellen des Weltgeschehens gehen hoch. Gewaltiger sind sie nie gegangen. Kaum war verkündigt worden, die neue Zeit solle dem freien Volk auf freiem Grunde gehören und all diese freien Völker sollten sich im ersten vollen Bunde vereinen: und schon scheint alle Freiheit samt allem Glauben an sie wieder aus der Welt verschwunden. Daß von der Verschweizerung der Erde nicht mehr die Rede ist, scheint uns kein Schade. Der Sinn der Schweiz ist nicht, zu sagen, was alle sollen, sondern was wir wollen. Aber daß fremder Wille, fremde Ordnung, fremde Autorität stürmisch auf unsre demokratische Halbinsel herüber wirkt, ist ein ander Ding. Mächtige Geschichte geschieht vor unsern Augen. Dieses Schauspiel ist nicht nur Schauspiel. Wie sollten wir ihm nicht teilnehmend folgen: es bedeutet ja nicht nur die Welt, es ist sie weithin wirklich. Wir sind nicht darauf stolz, Schweizer und nichts als Schweizer zu sein. Sondern wir sind mit allen Völkern, mit der Menschheit tief verbunden. Ihr Heil, ihr Verderben trifft uns mit, ob wir es wollen und wissen oder nicht: und wenn wir es nicht wissen, dann am gewissesten.

Aber an verwandtem Geschick teilnehmen, heißt nicht ihm verfallen. Verstehen heißt nicht nachahmen. Wir führen keinen Affen im Wappen. Wir sind aus unsern Wurzeln gewachsen und können

¹ Daß die folgende Rede im Radio, gesprochen am 1. März dieses Jahres, an diesem Orte wiedergegeben wird, ist die Folge der freundlichen Einladung, mit der mich der Fernblick der Leitung überrascht hat. Ausdrücklich sei erklärt, daß sich der Schluß mit dem Aufsatz «Vom Adel des Geistes» im Jahrbuch «Die Schweiz» (1934, Eugen Rentsch, Erlenbach) und manche Sätze mit der Rede über Demokratie und Kultur berühren, die ich an der XIV. Jahrestagung der Neuen Helvetischen Gesellschaft zu Chexbres 1929 gehalten habe. Damals erhoben sich spitze Stimmen, das seien Probleme unserer Großväter, die längst hinter uns lägen. Seither hat neueste Geschichte hart bewiesen, daß das Problem über den Zeiten steht und sich allen Geschlechtern aufs neue stellt, so lange noch freie Völker auf Erden leben. Daß unsere Großväter für ewige Dinge zuweilen offener Augen gehabt als ihre Enkel, wird nicht zu leugnen sein. Aber Schuld und Schaden sind nicht auf ihrer Seite.

nur aus ihnen leben. Wir haben unsere Freiheit und wollen sie schützen. Wir haben unsern Bundeswillen und werden ihn nicht fahren lassen.

Aber wie wir den blinden Gehorsam nicht sonderlich schätzen, so kann uns auch kein blinder Glaube an die ewige Dauer unserer Freiheit und unsres Bundes genügen. Beide werden dauern, wenn wir sie dauernd wollen, und zwar nicht nur unter Umständen vielleicht bis zu einem gewissen Grade, sondern klar und unbedingt. Das Spiel mit der rohen Gewalt muß aufhören. Für irgendwelchen Bluttausch ist in unserm Lande keinerlei Zukunft zu erwarten. Wir bejahen unsere Ordnung in Freiheit und wollen, daß der Schutz unsrer Freiheit auch der Schutz unsrer Ordnung sei. Wir vergöttern keine vergängliche Form. Lebend soll und wird sie sich entwickeln und vollenden: aber i h r gemäß, aus innerer Kraft, nicht aus dem Trug äußerer Gewalt.

Verblindet müsste sein, wer verkennen wollte, welche Gefühlsmacht alles Fraglose, Schlagende, Gewaltige heute vielfach auch bei uns gewonnen hat. Es flutet über die Grenzen, über Land und durch die Luft, es bannt durch die Wucht des gegenwärtigen Geschehens, des stürmischen Augenblicks, der entfesselten Leidenschaft. Offenbar genug waren die Schäden, die jene Orkane weggefegt, machtvoll der entschlossene Wille, der rücksichtslose Marsch ans eigne Ziel. Nun scheint es manchen, als wäre bei uns alles beim alten, bei demselben Alten geblieben, und als wären sie berufen, auch bei uns alles neu zu machen. Die Führer wimmeln nur so: als berufen hat sich bisher keiner ausgewiesen, und von Einheit ist schon gar nicht die Rede.

Wir sind nämlich in der Schweiz. Unser Schicksal, unsre Gefahren und Versuchungen liegen zum guten Teil anderswo als bei unsern Nachbarn. Zu fremden Kriegs- und Friedensfebern sind wir nicht verpflichtet, sondern zur Erfüllung unsrer Aufgaben, die niemand für uns löst. Vergangenheit und Zukunft sind für uns nicht durch einen Abgrund getrennt. Das ist ohne Frage Glück und Gnade. Wir haben sie nicht als Verdienst zu rühmen, noch weniger aber als Verlust zu beklagen.

Unsre volkstümliche Eidgenossenschaft ist von Männern gegründet worden, die sich über Wesen und Krisis der Demokratie keine Sorgen machten, ja die diese fremden Worte gar nicht kannten. Sie handelten aus ursprünglichem Freiheitswillen. Auch Platon

müßte anerkennen, daß diese Demokratie nicht durch Zerfall geordneter Macht zustande gekommen sei. Schon der erste Bund in Brunnen hatte eher konservativen als revolutionären Charakter: er diente der Wahrung erworbener Rechte und unverlierbarer Würde. Die «coniurati» des ersten Bundesbriefes sind Eidgenossen, nicht Verschworene. Gerade in den Landsgemeindekantonen hat es von jeher Dynastien volkstümlicher Staatsmänner gegeben, und heute noch gleicht unser Bundesrat einem kleinen Rat jener alten Freistaaten weit mehr als einer parlamentarischen Regierung: niemals ist seine Dauer von plötzlichen oder zufälligen Ratsbeschlüssen abhängig gewesen, und alle Versuche dieser Art sind ins Nichts gefallen. Auch hier gilt die Überzeugung dessen, der die Verantwortung trägt.

Dieser Bund, die eigne Ordnung unsres Vaterlandes, ist ein höchst unwahrscheinliches und doch wahres Wesen. Aus ländlichen und städtischen Gebilden, aus alteigner Erfahrung und fremdem Vorbild, aus gesunder Festigkeit und ewiger Jugend, aus Beständigkeit und Drang, aus Streit und Versöhnung, aus Pietät und Eigenwillen, aus Glauben und Weltverstand, aus Gemühtiefe und kühlen Köpfen, aus fruchtbarem Widerspiel der Kräfte hat sich im Lauf der Jahrhunderte unsre lebendige Form gebildet. Sie ist nicht ohne Selbstsicherheit. Ist sie auch oft zu selbstzufriedenem Philistertum ausgeartet: die Karikatur ist doch nicht die Sache, so drollig sie ist und so gefährlich sie werden kann. Gewordene Lösungen des Problems menschlicher Gemeinschaft, aus bestimmter Natur und bestimmter Kultur entwickelt, sind nie übertragbar. Wo andere Völker die große Erfahrung des freien Volksstaates zu machen beginnen, kann das in uns nur ruhige Teilnahme wecken: wir wissen, welcher Geduld sie bedarf: so wenig wie das alte Rom baut sich eine neue Welt in einem Tag. Wir wünschen auch heute nicht die Welt zu verschweizern, sondern an unserm Orte Schweizer zu sein.

Das heißt aber: nicht ein verwitterter Rest mittelalterlicher Vorzeit, sondern ein gegenwärtiges Tatbekenntnis zu freier Ordnung und zu ordnungsfroher Freiheit. Das heißt: nicht eine naturhafte Gemeinschaft desselben Ursprungs und desselben Machtwillens, sondern eine bewußte Schöpfung aus dem Geiste, nicht ein absoluter Staat, sondern ein lebendiger Bund.

Die Krise einer Demokratie, der frühe Abbruch kaum begonnener Versuche, der Umschlag fremder Experimente aus einem Extrem

ins andere sind wohlverständliche geschichtliche Erscheinungen, deren Sondergrund, Sonderrecht und Sondererfolg zu bestreiten uns gar nicht einfallen kann. Wir sind nicht die Schulmeister Europas, aber auch nicht die Lehrjungen aller Welt. Diese verlangt ja auch gar nicht danach und hat vor charakterlosen Nachläufern sicher weniger Achtung als vor Leuten, die wissen, was sie wollen. Die Krise einer Demokratie ist nicht die Krise der Demokratie.

Mit vernichtender Kritik morscher Volksherrschaft hat schon Platon in seinem Staate begonnen: alte Erinnerungen im Herzen, enttäuschte Hoffnungen zu seinen Füßen, nicht das Werk des Perikles, sondern den Tod des Sokrates vor Augen. Aber an die Stelle des morschen Baues will er seinen reinern Volkstaat setzen, in dem die tätige Vernunft allgemeiner Wille werden soll. Unter den neuern hat Nietzsche allen Haß gegen die Demokratie und alle Glut für ihr Gegenbild in sein Wort gebannt. «Die Menschen sind nicht gleich: also spricht die Stimme der Gerechtigkeit.» Ohne Zweifel: aber die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz, der gleiche Anspruch auf Recht leugnet keine der tiefen Verschiedenheiten, die jedem Menschen seine Größe und seine Grenze setzen. «Gemeinschaft macht gemein», ruft derselbe Denker. Und er gibt sich anderswo auch die beste Antwort: «Gesellschaft verderbt den Charakter, sonderlich wenn man keinen hat.»

Der gründlichste moderne Erforscher der Demokratie und der Demokratien, Graf James Bryce, faßt die Summe seines großen Werkes in zwölf Sätze zusammen, die die beiden Schalen der Wage fast gleich schwer füllen: Die Demokratie, oft verschwenderisch und maßlos, habe in keinem Volke allgemeine Zufriedenheit geschaffen; sie habe den ewigen Frieden nicht gebracht und sei weder des Klassenkampfes noch des Rassengegensatzes Herr geworden. Sie habe Korruption, Geldübermacht und Revolutionsgefahr nicht ausgerottet und nicht eine genügende Zahl der wertvollsten Bürger in staatlichen Dienst berufen. Trotzdem habe sie sich alles in allem genommen besser bewährt als die Herrschaft eines Mannes oder einer Klasse: denn sie habe die öffentliche Ordnung zugleich mit der Freiheit des einzelnen Bürgers geschützt, eine ebenso gute bürgerliche Verwaltung wie die andern Systeme gesichert, die Gesetzgebung allgemein auf die Wohlfahrt der Ärmeren gerichtet, sich nicht so unbeständig und undankbar erwiesen, wie man es ihr oft vorgeworfen;

endlich seien Vaterlandsliebe und Mannesmut durch sie nicht erschüttert worden.

So lautet heute auf Grund vielhundertjähriger mannigfacher Erfahrung vieler Völker der Befund. Mehr als an Platon erinnert er an das besonnene Wort des größten athenischen Geschichtsschreibers Thukydides, der von aller politischen Romantik so frei als möglich war: Es bedürfe der Demokratie, damit die Armen eine Zuflucht und die Reichen einen Zügel hätten.

Betrachten wir die Form unsrer staatlichen Gemeinschaft, so wird unser Ergebnis von dem allgemeinen des Grafen Bryce da und dort abweichen. Im ganzen aber wird es auch bei uns die Mitte halten. Weder kindlicher Optimismus noch gewalttätiger Pessimismus ist am Orte. Die Demokratie kann keinen Himmel auf Erden schaffen. Kein vernünftiger Bürger verlangt das von ihr: keiner wünscht, daß sie ihn mit solchen Versprechen betrüge. Es gibt keine vollkommene Staatsform; denn der Staat ist die Gemeinschaft wirklicher Menschen, und diese Menschen sind unvollkommen. Möglichste Freiheit in nötiger Ordnung: möglichste Fruchtbarkeit in bewußter Schicksalsgemeinschaft: Entschlossenheit zur gemeinsamen Pflicht, Offenheit für das eine Leben der Menschheit: das kann ein Volksstaat auch heute leisten. Er leistet auch das nicht von selber. Aber uns erlaubt er, daran zu arbeiten.

In diesen Zeiten erinnern wir uns oft der Worte, mit denen am Bundesfest von 1891 Carl Hilty die Gründer der Eidgenossenschaft inmitten einer ganz anders gerichteten Welt gepriesen hat. Die Hauptsache war ihm allerdings die **Z u k u n f t** einer wahren Demokratie: «Sie noch zu befestigen, sie der Welt, vielen Vorurteilen alter und neuer Zeit gegenüber, als eine Staatsform der Ordnung und wahren Gesittung zu zeigen, — den großen Massen des Volkes, nicht bloß einer kleinen Zahl irgendwelcher Auserwählter, zu einer wirklichen, verständnisvollen Teilnahme am Staatsleben zu verhelfen und ihr geistiges Leben von dem Druck bloß materieller Verhältnisse und Aufgaben wirksamst zu befreien, das wird der Lebenszweck der modernen Eidgenossenschaft sein».

1291—1476—1848—1920: wir sagen nicht Nein zu diesem unserm Wege. Auch das letzte Jahrhundert, töricht vergöttert und töricht verhöhnt, ist nicht verloren gewesen. Wir haben eine sinnvolle Vergangenheit, wir haben eine eigenartige Gegenwart, wir arbeiten an einer würdigen Zukunft. Wir sind klein, weder mächtig

noch reich. Aber wir sind frei, wenn wir wollen. Jacob Burckhardts Worte gelten unsrer wie seiner Schweiz: «Der Kleinstaat hat überhaupt nichts als die wirkliche tatsächliche Freiheit, wodurch er die gewaltigen Vorteile des Großstaates, selbst dessen Macht, ideal völlig aufwiegt: jede Ausartung in die Despotie entzieht ihm seinen Boden, auch die in die Despotie von unten, trotz allem Lärm, womit er sich dabei umgibt.»

Diese mögliche Freiheit des Geistes gegenüber aller Despotie von oben und von unten etwas dankbarer und kräftiger als Kulturgut ersten Ranges zu schätzen, dazu ist es nachgerade Zeit geworden.

Auf diese Freiheit würden denn für sich auch die wenigsten gern verzichten, die sich heute bei uns als Feinde der Demokratie gebärden. Darum gibt es so viele Führer, und darum verschwinden sie so bald. Sie sind nicht an ihrem Ort und kennen ihre Eidgenossen nicht.

Manche Vorwürfe gegen unsre volkstümliche Ordnung sind offenkundig aus andern Verhältnissen übernommen. Man verwechselt Demokratie mit Parlamentarismus, den wir trotz all unsern Parlamenten nicht haben: eine stille Durchsicht der Bundesverfassung würde den bedeutsamen Unterschied offenbaren. Wie oberflächlich oft fremde Anklagen bei uns nachgesprochen werden, hat neulich auch die Erklärung des Bundesrates in der Sache der geheimen Gesellschaften gezeigt. Die Kritik an unsern heutigen Parlamenten wird schwerlich ein Schweizer für gegenstandslos halten. Auch hat die Verhältniswahl, seinerzeit als die Edelblüte höchster Gerechtigkeit gepriesen, weder den Wert noch das Ansehen der Räte gehoben. Aber weder Autorität noch Stetigkeit der Regierung ist bei uns davon abhängig, und unsere Räte können sich verringern und verwandeln, ohne daß unsere freie Volksgemeinschaft dadurch im mindesten erschüttert würde. Der Wandel der Ordnung setzt allein voraus, daß das Volk sich überzeugen lasse. Das ist oft mühsam. Aber wer sich um den Fortschritt nicht mühen mag, hat kein Recht, ihn zu verlangen. Auch dem Bürger des freien Staates fallen die Äpfel nicht vom Himmel.

Alt ist der Vorwurf, daß die Demokratie ein Fremdwort für die Herrschaft des Reichtums sei. Daran ist soviel wahr, daß kaum ein Kind die Macht des Geldes auf Erden bezweifeln würde. Die Demokratie macht davon keine Ausnahme, aber sie steht damit auch keineswegs allein. Und niemals mehr als heute ist der Reichtum von

Staates wegen in den Dienst des öffentlichen Wohls gestellt worden.

Wiederum heißt es, durch die Demokratie sei die Konnexion herrschende Macht geworden. Und wiederum ist zuzugeben, daß die Demokratie auch bei uns das Vorrecht der Begabung vor den Beziehungen nicht immer anerkennt. Immerhin ist es meist noch besser, wenn Wartende gefördert werden, als wenn die Macht der eignen Stellung dazu mißbraucht wird, ringsum jeden Aufstieg zu verhindern: auch das kommt ja überall vor. Vor allem aber ist zu fragen: Stammt der Name des Nepotismus wirklich aus der Republik der Kameraden? Haben die Richter der Demokratie die Kulturgeschichte der Fürstenländer und der Oligarchien so ganz vergessen oder nie gekannt?

Andre stoßen sich am Formalismus der Demokratie. Sie sei die Staatsform der zwanghaften Fiktionen: große Schur und wenig Wolle, reicher Rauch und wenig Braten. Hier stehen wir vor der Frage der Kompetenz und der Verantwortung. Sie ist auch für uns die ernsteste Gewissensfrage: stündlich steht sie großen Auges vor uns und mahnt an die Unvollkommenheit alles Irdischen. Aber nicht mit der freien Volksgemeinschaft als solcher sind Kompetenz und Verantwortung unvereinbar. Ganz im Gegenteil: Mag dekadente Demokratie von beiden so wenig halten als sie will: ein g e s u n d e r F r e i s t a a t schätzt und sucht die Kompetenz, seine sorgfältige Erziehung weiß sie zu bilden und fruchtbar zu machen. Kompetenz allein weiß auch, was Verantwortung heißt, s c h ö p f e r i s c h e Verantwortung nämlich, voll Wagemutes, kühnen Einsatzes, stiller oder vernehmlicher Ausdauer. Mag sich all das zuweilen wie im luftleeren Raum abspielen, mag aller äußere Schmuck, oft auch die volle Anerkennung fehlen: der eigentlichen Leistung ist es ja um sich selbst zu tun, und die dekorativen Begleiterscheinungen sind dem freien Geiste nie als das wesentliche erschienen.

Die ernstesten Einwände gegen unsere angestammte Ordnung sind die, sie gewähre zu wenig Freiheit, schaffe zu wenig Ordnung und sei ein Hemmnis genialer Schöpferkraft.

Absolute Freiheit des Einzelnen kennt keine staatliche Ordnung. Wen sie schützen soll, der muß sie schützen helfen. Wen sie fördern soll, der muß sie erhalten wollen. Die freie Volksgemeinschaft will die Freiheit aller durch alle, aber indem sie so bindet, v e r b i n d e t sie auch: eine Gemeinschaft ist mehr als eine Menge Einzelner, eine Summe von Individuen.

«Denn besser als ein König und allein
Ist, eines großen Ganzen Glied zu sein.»

Bietet unsre politische Ordnung dem einen zu wenig Freiheit, so vermißt der andre an unsrer Freiheit die Ordnung. Das berühmte Vorbild lautet: «Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit: das sind Formeln der Vergangenheit. Autorität, Ordnung, Gerechtigkeit: das ist unsre Wirklichkeit.» Aber Freiheit, positiv verstanden, schafft auch Ordnung und anerkennt wahre Autorität. Gleichheit vor dem Gesetz ist mit beiden wohl vereinbar. Brüderlichkeit und Gerechtigkeit aber sind doch wohl keine Gegensätze. Was unsrer Ordnung zuwiderläuft, ist bloß, daß sie allein der Wille des einen sei, blind geglaubt und stumm vollzogen. Der Schweizer, Bruder unter Brüdern, kann und will Wehrmann sein, ohne darum das bürgerliche Leben zu militarisieren. Niemand wird die Größe dieser Heervölker leugnen, die aus den Volkshereen geworden sind. Wir hören wohl den Schritt des Schicksals dröhnen, spüren Geschichte als donnernde Gegenwart. Einer der zartesten deutschen Dichter hat das vor mehr als hundert Jahren schon machtvoll ausgesprochen:

«Mit ihrem heiligen Wetterschlage,
Mit Unerbittlichkeit vollbringt
Die Not an einem großen Tage,
Was kaum Jahrhunderten gelingt.
Und wenn in ihren Ungewittern
Selbst ein Elysium vergeht
Und Welten ihrem Donner zittern:
Was groß und göttlich ist, besteht.»

Aber davon soll uns kein Jüngling reden, der mit Stahlruten in unserm Lande herumläuft und Ordnung nach seinem Herzen schaffen will. Wir haben Ordnung im Lande, alte Ordnung, unsre Ordnung: wer es nicht glaubt, wird es erfahren. Gewaltig tritt ja der Bundeswille nicht in Erscheinung, auf dem sie ruht. Er ist oft langsam, allzu langsam. Er fordert Geduld, Geduld und abermals Geduld. Aber er gilt allen gleichermaßen, welches ihre Sprache, ihr Glaube und ihre Schädelform sei. Noch gilt die Freundschaft in der Freiheit. Noch ist uns Achtung der Minderheiten nicht Schwäche, sondern Bundespflicht und Bundesrecht. So mühsam auch das Notwendige zuweilen vorwärtsrückt, der Wille, mit anständigen Mitteln für das Heil eines freien Volkes zu arbeiten, lohnt die Geduld.

Es ist doch Vorarbeit für die menschliche Verständigung über Zäune und Mauern weg, die sich immer höher zwischen den Völkern erheben: Vorarbeit zum Verständnis der Verschiedenen, nicht nur zum dröhnenden Schritt der Gleichen.

Schon der Weise auf dem Throne der Cäsaren hat sich den Trost zugesprochen, dessen wir im kleinen oft gedenken: «Warte nicht auf den Staat des Platon, sondern sei zufrieden, wenn auch das Kleinste vorwärtsgeht. Denke an sein Ziel und Ende: es gibt nichts Kleines in der Welt.»

Endlich quält manchen der Verdacht, der Volksstaat vernichte die geniale Kraft, die er mißachte und der er mißtraue. Nun, demokratische Ordnung schafft zwar kein Genie, aber sie macht es auch nicht unmöglich. Blicken wir auf dieses letzte Jahrhundert, das den demokratischen Gedanken zum Ziel und zuweilen über das Ziel hinausgeführt. Hat es wirklich keine großen Persönlichkeiten, keine Originale, keinen ursprünglichen Geist gehabt? Pictet de Rochemont und Alfred Escher — Welti und Ruchonnet — Karl Schenk und Numa Droz — Eduard Blumer und Gustav Ador — Gotthelf und Keller — Meyer und Spitteler — Böcklin und Hodler — Hilty und Huber — Burckhardt und Bachofen — Kocher und Sahli — Dufour und Dunant — de Candolle und Pictet — Vinet und Secrétan: sie alle und andre wie sie sind in dieser kurzen Zeit aus demselben kleinen Volk erwachsen. Die meisten haben in und mit ihm schwer gerungen. Aber jeder hat sein Werk geschaffen, aus tiefen Wurzeln, mit hoher Krone.

In diesen Tagen, da die ganze gebildete Welt ergriffen am Grabe eines wahrhaften Königs gestanden, werden wir am wenigsten vergessen, daß ein Land mit seiner alten Form und seinem immer neuen Willen die Weite der Welt und die Fülle der Formen nicht erschöpft.

Wir aber haben nicht aus dem Nichts eine Welt zu schaffen, sondern unsern bestimmten Ort in bestimmter Geschichte zum geistigen Raum unsrer lebendigen Arbeit zu machen. Wir finden uns in der freien Ordnung unsres heimatlichen Volksstaates und fügen uns ihr dankbar tätig ein. In der Gemeinschaft wahren wir die Freiheit, in der Freiheit die Gemeinschaft. So wird es uns weniger schwer werden, unsern Mann zu stellen, ob wir nun gerade eine Subkommission zu vertreten oder einfach unsre begründete Meinung zu sagen haben, ob wir nun gerade zur Mehrheit oder zur Minderheit des Augenblicks gehören. Wir werden reden, wo wir reden sollen,

und schweigen, wo wir schweigen sollen: nämlich wo wir nichts verstehen und wo uns keine Wahl geben kann, was wir nicht haben. Wir werden uns gerade um des freien Rechtes willen gegen den Unfug erheben, so oft Urteilsfähige von denen gerichtet oder verdrängt werden, die es nicht sind. Ehrfurcht und Freiheit werden uns am tiefsten fühlen lassen, daß alles Leben aus Leiden, aller Sieg aus Opfer, alles wahre Werk aus ganzem Einsatz ganzen Lebens stammt.

Nicht blind, aber treu bekennen wir uns zu Heimat und Vaterland inmitten des Bundes der Völker. Die unsichtbare Schweiz verdient diese Treue nicht minder als das Land, das wir mit Augen sehen und im Herzen tragen. Zu geistiger Fahnenflucht haben wir Eidgenossen nicht den geringsten Grund. Unser Bund, auf Geist und Recht gegründet, mag so unzeitgemäß als möglich sein: er ist nur desto notwendiger. Unsre besten Zeiten waren niemals die, in denen wir die Umwelt mehr oder minder glücklich nachahmten, um ihr ähnlich zu sehen. Unser Recht steht und fällt mit unserm Willen, wirklich zu sein, was wir sind. Sprachen wandeln sich, Blut vermischt. Die geistigen Mächte freien Gewissens, gewollter Ordnung, sittlicher Gemeinschaft, liebevollen Glaubens dauern von einer Zeit zur andern. Sie sind unser wahres Erbe, unser wahrer Wille.

Wir leben im Sturme. Morgen werden unsre Tage vermischt sein. Dieses Erbe, dieser Wille aber werden uns überdauern, wenn wir sie wahren. Dann dürfen wir hoffen, daß auch die Eidgenossen kommender Jahrhunderte das Recht der freien Volksgemeinschaft nicht verraten werden.

Von Richard Wagner zu Othmar Schoeck

Rückschau und Besinnung

von Hans Corrodi

Ein Chaos, wie wohl nie zuvor, scheint heute in der Musik zu herrschen. Es genügt, die Namen Strauß, Schönberg, Stravinsky, Hindemith, Schoeck zu nennen; so viele Namen, so viele Richtungen, die sich zum Teil diametral gegenüberstehen, so daß schon die Existenz der einen die Negierung der andern zu bedeuten